

# Der Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. – Bewegungsakteur und Vetospieler im Politikfeld Infrastruktur?

*Thorsten Winkelmann*

## 1. Soziale Bewegungen, Parteien und Verbände – ein schwierigerer Abgrenzungsversuch

Im deutschsprachigen Raum findet der von Raschke (1991: 32f.) unterbreitete Definitionsvorschlag weite Verwendung, wonach „soziale Bewegungen [...] ein mobilisierender kollektiver Akteur [sind], der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringerer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ Bewegungen weisen in der Regel keine klaren sachlichen, sozialen und zeitlichen Systemgrenzen auf. Als kollektiver Akteur sind sie öffentlichkeitswirksame „Seismographen, die über Stärken und Schwächen sowie die Wandlungen von Zivilgesellschaft Auskunft geben“<sup>1</sup>, ja demokratische Herausforderungen mit hoher Problemthematisierungskompetenz darstellen. Niklas Luhmann (1991: 548) siedelt soziale Bewegungen im

Immunsystem der Gesellschaft an, d.h. sie machen aufmerksam auf Unsicherheiten und Inkonsistenzen, geben Anstöße an die institutionelle Politik, wollen Fehlentwicklungen korrigieren und gehören damit zum strukturellen Inventar moderner Gesellschaften. Bewegungen lassen sich in diesem Zusammenhang als Institutionalisierung des Zweifels begreifen, mithin als lärmende Häretiker. Wertneutraler formuliert thematisieren sie bislang von der etablierten Politik nicht ausreichend adressierte Probleme. Solche jenseits von Expertenzirkeln und Fachdiskussionen geführten Debatten sind das Ergebnis von wahrgenommenen Gefahren und Risiken öffentlichen Handelns.

Geringe Eintrittsbarrieren bzw. Zugangs Voraussetzungen erschweren indes eindeutige Zuordnungen; zumal sich Unterschiede zu anderen sozialen Akteuren in inhaltlicher wie organisatorischer Hinsicht immer weiter verwischen. Damit lässt sich die „klassische“ Dreiteilung im System intermediärer Interessenvertretung zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen so nicht mehr aufrechterhalten.<sup>2</sup> Auf wechselseitige Koalitionen und sich auflösende Grenzen zwischen den unterschiedlichen Typen der Interessenvertretungen



**Thorsten Winkelmann**

Akademischer Rat mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Infrastrukturpolitik, Kommunalpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft

haben Neidhardt und Rucht (1993: 13) frühzeitig verwiesen. Demnach ist eine soziale Bewegung „gegenüber ihrer Umwelt durchlässig, schafft eine hohe strukturelle Flexibilität, erlaubt die rasche Aufnahme neuer Themen, stellt geringe Anforderungen an zurechenbare Verantwortung und programmatische Konkurrenz, begünstigt ein breites, auch disruptive Mittel einschließendes Aktionsrepertoire.“ Die Annahme von Schiller (1985: 54), wonach einflussreiche Verbände von öffentlicher Mobilisierung absehen, weil Routinepolitik in der Regel geräuschlos läuft, verkennt die Tatsache, dass erfolgreiche Kampagnenpolitik das gesamte Repertoire an Instrumenten zur Interessensdurchsetzung nutzt. Konzeptionelle Schnittstellen zwischen Bewegungen und Verbänden legen deshalb eine Vierteilung nahe: Verbände können das organisatorische Rückgrat von Bewegungen darstellen und zu deren Stabilisierung beitragen (1). Verbände können, ohne selbst Teil der Bewegung zu sein oder zu werden, erheblich zur dauerhaften Mobilisierung beitragen (2). Wie das Beispiel Greenpeace eindrucksvoll belegt, können anstelle von Bewegungen ebenfalls Verbände professionalisierte Protestdienstleistungen anbieten (3). Mitunter treten sie als Gegenspieler von Bewegungen auf (4). Im Bereich Straßen spricht sich etwa der ADAC für den weiteren Auf- und Ausbau entsprechender Infrastrukturen aus, während die Klimaschutzbewegung dies rundum ablehnt. Folglich können Bewegungen zu Verbänden, Verbände zu Bewegungsorganisationen sowie Bewegungen und Verbände zu politischen Vorfeldorganisationen von Parteien werden. Zuweilen ist unklar, ob es sich bei konkreten Protestaktionen um Ausdrucksformen von Verbands-, Partei- oder Bewegungspolitik handelt. Als Beispiel hierfür mag die Kassenärztliche Bundesvereinigung dienen, die vor dem Berliner Reichstag Protestierende zur Durchsetzung eigener Interessen gemietet hat.

Diese Entwicklung geht einerseits mit einer Professionalisierung und Formalisierung des Bewegungssektors einher, wodurch die bislang strikt getrennt gedachte Unterscheidungslinie von „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Beteiligungsformen an Konturen verliert. Andererseits werden eindeutige Rollenzuschreibungen und damit Akteurslogiken auch deshalb erschwert, weil die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selten

synchron erfolgen. Zugleich wandert Bewegungshandeln teilweise in Institutionen ein, während soziale Bewegungen staatstragend auftreten. Dies führe nach Habermas (1985: 157ff.) zu einer „neuen Gewaltenteilung“ zwischen autonomen Öffentlichkeiten, Parteien, Verbänden, Verwaltungen und dem Staat. Ein Blick in die Praxis illustriert die neue Unübersichtlichkeit: So haben unkonventionelle Bewegungsparteien wie Podemos in Spanien, Beppe Grillos M5S in Italien, aber auch Macrons La République en Marche in Frankreich an Bedeutung gewonnen; etablierte Parteien wie die US-amerikanischen Republikaner in der Post-Trump-Ära schlagen eine ähnliche Richtung ein. Als bewegungsaffin gilt hierzulande etwa die Partei „Die Linke“, in deren Präambel zum Parteiprogramm es heißt: „Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen.“<sup>3</sup> Mischformen von Gewerkschaften und Bewegungen („social movement unionisms“) oder politischen Konsumentenbewegungen („political consumerism“) heben vormalige Trennungen zwischen politisch und unpolitisch, zwischen konventionell und unkonventionell wie zwischen kommerziell und nicht-kommerziell zunehmend auf. Eine Konsequenz hieraus ist, dass die früher auf ein bestimmtes eingegrenztes Politikfeld (Tarifpolitik, Sozialpolitik, Kultur, Umwelt) ausgerichteten Organisationen sich mit der Begründung der zunehmenden Interdependenzen ein allgemeinpolitisches Mandat zuschreiben.

## 2. Der BUND für Umwelt und Naturschutz im Politikfeld Infrastruktur

Für das Politikfeld öffentliche Infrastrukturen spielten Verbände bis in die 1980er Jahre hinein bei Protesten gegen staatliche Investitionen eine untergeordnete Rolle. Adam (1998: 27ff.) nennt hierfür unterschiedliche Gründe: So akzeptierten die Verbände in den Nachkriegsjahren die mit dem Wiederaufbau verbundenen Eingriffe in die Landschaft als zwingende Voraussetzung zur Stärkung des westdeutschen Wirtschaftsstandorts.

Im Selbstverständnis waren die Verbände mehrheitlich konservativ ausgerichtet, während die Akteure der neuen sozialen Bewegungen dem herrschenden Wachstumskartell mehrheitlich kritisch gegenüberstanden und im Einzelfall die bestehende Gesellschaftsordnung hinterfragten. Widerstände gegen einzelne Vorhaben wie die „Startbahn West“, „Wyhl“, „Brokdorf“ oder „Gorleben“ nahmen dabei grundsätzliche Qualität an und bettetten sich in einen breiteren thematischen und ideologischen Zusammenhang der politisierten 1970er und 1980er Jahre ein. Dadurch erhielt der bewegungsförmige Protest Zulauf von nicht unmittelbar vom Vorhaben betroffenen Gruppen wie Anarchisten, Trotskisten oder diversen K-Gruppen. Zwar gewannen die Auseinandersetzungen dadurch an Dynamik und Dramatik, durchbrachen die lokale Borniertheit und schufen damit eine Generalisierung der Problemlage, die nahtlos an die Krisen- und Untergangsrhetorik der damaligen Zeit anknüpfen konnte. Gleichwohl agierten solche Gruppierungen vielfach ohne Rücksicht auf ortsspezifische Bedingungen und Bewusstseinslagen, wodurch die Motive der sozialen Träger und der Zweck der bewegungsförmigen Proteste weitgehend auseinanderfielen. Unabhängig von individueller Betroffenheit eskalierten Infrastrukturproteste und brachten die „versteinerten Verhältnisse zum Tanzen“. Neben der Ablehnung bestimmter Technologien stand die Unzufriedenheit mit dem bestehenden demokratischen Status-quo und seiner seit 1982 von Helmut Kohl formulierten „geistig-moralischen Wende“ sowie, grundlegender, die generelle Ablehnung gegenüber dem Staat im Mittelpunkt. Mit anderen Worten; Proteste gegen Infrastrukturen boten breiten Gruppen die Möglichkeit, ideologische Grundsatzfragen mit einer korrespondierenden Militanz zu adressieren.

In der Folgezeit gründeten die Akteure der neuen sozialen Bewegungen eigene Verbände wie etwa den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Zugleich öffneten sich mit dem Generationenwechsel die Traditionsverbände wie der Deutsche Bund Vogelschutz (DBV) oder der Deutsche Naturschutzring (DNR). Vermehrt nahmen die Naturschutzverbände „den Hauptimpuls der Umweltbewegung auf, Umwelthanliegen über die Mobilisierung einer kritischen Öffent-

lichkeit in Konfrontation zu staatlichem und wirtschaftlichem Handeln durchzusetzen.“<sup>44</sup> Stellvertretend für diese Entwicklung steht der 1975 im fränkischen Städtchen Markttheidenfeld gegründete und ursprünglich auf Bayern beschränkte Bund für Umwelt- und Naturschutz (im Folgenden BUND). Er beschreibt sich selbst als föderal organisierter und in allen Bundesländern vertretener Verband mit Einnahmen von im Haushaltsjahr 2021 rund 71 Mio. Euro. Ihn unterstützen rund 675.000 Menschen, davon 245.000 Mitglieder in Bayern, in mehr als 2.000 ehrenamtlichen Gruppen. Zu seinen Aktivitäten gehört neben Bildung, Beratung, Kinder- und Jugendarbeit das Engagement zum Schutz der Natur, wofür er u.a. Grundstücke zur Renaturierung aufkauft oder (bedrohte) Arten schützt etwa durch den Bau von Zäunen oder Umsiedlungsaktionen. Der Verein bezeichnet sich als „unabhängiger Anwalt der Natur“ mit dem Ziel, „die natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten.“<sup>45</sup> Der Bau und die Planung von Infrastrukturen können diesem Anliegen entgegenstehen, weil hierfür Flächen versiegelt werden und nennenswerte Eingriffe in schützenswerte Naturgebiete stattfinden. Daher thematisiert er in seinem vierteljährig erscheinenden Magazin „Natur + Umwelt“ unterschiedliche Probleme, die vor allem geplante öffentliche und – mit Abstrichen – private Investitionen verursachen.

Ein wiederkehrendes Thema stellt dabei der mit den Projekten im Zusammenhang stehende Flächenverbrauch dar (1/2020: 59, 1/2019: 55). In diese Entwicklung hat der Bund auch selbst eingegriffen und in der Vergangenheit Wiesen und Äcker aufgekauft (1/2020: 34f.). Nach seiner Auffassung verschwindet Bayern hinter Beton und Asphalt, weshalb er einen Gesetzestext gegen den anhaltenden Flächenverbrauch und die Zersiedlung der Landschaft formuliert hat (4/2017: 26). Vor allem gegen die Ansiedlung von Gewerbe und den Auf- bzw. Ausbau von HGÜ-Leitungen organisiert der BUND gesellschaftliche Widerstände. Hier zeigen sich indes bestimmte Ambivalenzen, denn während auf der einen Seite bei den errichteten Stromtrassen der Unmut gegen diese Monstertrassen wächst (4/20: 54; 2/201: 53) und die Planungen als überzogen bezeichnet werden (1/2018: 18), wendet man sich auf der anderen

Seite gegen die sogenannte „10-H-Regel“, durch die der Freistaat Bayern Mindestabstände von bebautem Gebiet und Windkraftanlagen festgelegt hat. Auch wird der Ausbau des ÖPNV begrüßt; im Einzelfall reicht der Verband – wie bei der geplanten S-Bahnstrecke in Fürth – aber Klage ein (2/2017: 42) bzw. organisiert den Widerstand (2/2019: 57). Die Mobilitätswende hin zu Schienen- bzw. Radverkehr befürwortet man, stellt aber zugleich konkrete Planungen in Frage. Begründet wird dies wie folgt: „als Umweltschutzverband befürwortet der BUND zwar den Ausbau der Bahn, auch um mehr Güter auf die Schiene zu bringen, sieht aber im Fall des Projekts ‚Nordzulauf‘ enorme Kosten, gravierende Eingriffe in die Landschaft und Risiken für Mensch und Natur. Zudem ist unklar, welche Anreize es für Logistikunternehmen geben soll, ihre Güter auf die Schiene zu bringen“ (3/2020: 55). Ebenfalls fordert man einen „Umstieg aufs Fahrrad“ (3/2019: 40f.), zugleich befürchtet der Verband beim Bau von Radfahrwegen „massivste Eingriffe“ in die Landschaft (3/2020: 59).

### 3. Maßnahmen und Kooperationen mit anderen Akteuren

In einer Gesamtschau beurteilt der BUND öffentliche wie private Bauvorhaben gleichermaßen kritisch. Man wendet sich gegen „graue“ Landschaften (4/20: 29) und befürchtet durch die Versiegelung von Flächen Schäden etwa beim Grundwasserhaushalt (3/2019: 54). Straßenbauprojekte würden darüber hinaus Moore verbauen und Auen zerstören (4/2017: 27). Um hierfür ein Bewusstsein für Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten zu schaffen, liefert die Rubrik „Gerettete Landschaften“ Beispiele aus der Praxis. So beteiligt sich der BUND etwa an einer Kampagne des Bayerischen Umweltministeriums „StadtNatur“ zur Begrünung der Innenstädte (4/2017: 23ff.). Dabei sind nicht nur einzelne Projekte auf kommunaler Ebene anlassbezogener Gegenstand von Protesten, Demonstrationen und Bürgerinitiativen, sondern die infrastrukturelle Erschließung des Raumes insgesamt. Ein wiederkehrendes Thema stellt in diesem Zusammenhang die zu-

nehmende Bebauung der Alpen dar (4/2019: 46), die vermehrt einem „Rummelplatz“ ähneln. Gegen den weiteren Bau von Skigebieten etwa am Riedberger Horn organisierte man Demonstrationen und sammelte Spenden, durch die fachliche Gutachten erstellt und die Rechtsanwälte für kommende gerichtliche Auseinandersetzungen bezahlt werden können (4/2017: 11). Andere Großprojekte, wie etwa die Dritte Landebahn am Münchner Flughafen (4/2020: 9), der Ausbau der Oder (4/2019: 30f.), die Errichtung von Autobahnen (4/2019: 6), Bundesstraßen (1/2017: 37), Tunneln und Brücken (BUNDMagazin 3/2020: 29), Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien (2/2017: 41), usw., bieten ebenfalls Anlass für unterschiedliche Widerstände (1/2020: 6). Insgesamt sollen nahezu alle Bereiche des infrastrukturellen Auf- und Ausbaus – also Schienen, Straßen, HGÜ-Trassen, usw. – verhindert werden.

Dabei nutzt der BUND das gesamte Handlungsrepertoire, beginnend bei der reinen Informationsgewinnung und dem Austausch von Wissen über die Nutzung bestehender Beteiligungsangebote bis hin zu demonstrativen und konfrontativen Protestformen. Die Rubrik „Aus den Ortsgruppen“ publiziert Erfolgsmeldungen einzelner Mitglieder-(Vereinigungen), die als Blaupause zur Nachahmung animieren sollen. Zugleich kooperiert er mit anderen Vereinen und Verbänden. Solche Vernetzungsstrategien erfolgen in der Regel projektbezogen. Beispielsweise hat er zur Verhinderung einer Hotelanlage zusammen mit NABU eine Anwaltskanzlei eingeschaltet und Klage erhoben (2/2019: 34f.). Um die Verkehrswende und die damit einhergehenden öffentlichen Investitionen voranzutreiben, kooperiert der BUND mit anderen „aufgeschlossenen“ Gruppierungen wie etwa dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) (3/2019: 40f.) oder mit Verbraucherzentralen (1/2019: 48). Sofern erforderlich, geht der er auch ungewöhnliche Allianzen etwa mit dem Bayerischen Bauernverband zur Verhinderung einer Ortsumfahrung ein (2/2019: 54).

Tabelle 1: Erfolge und Niederlagen<sup>6</sup>

Erfolge	Teilerfolge	Niederlagen
Ansbacher Wiesenlandschaft	Flughafen München	Altmühltal
Donaudurchbruch	Frei fließende Donau	Donaustauer Altwasser
Eisenbreche	Hölle bei Brennbere	Gottesgarten
Fichtelgebirge	Steigerwald	Lech
Gipshügel "Sieben Buckel"		Rißbach
Grünes Band		
Grünter		
Hafenlohtal		
Kiliansleite bei Bad Windsheim		
Litzauer Schleife		
Mertinger Höll		
Murnauer Moos		
Nationalpark Bayerischer Wald		
Nationalpark Berchtesgaden		
Nürnberg Reichswald		
Oberes Püttlachtal		
Rettenbach		
Rhönschaf		
Riedberger Horn		
Rötelseeweiher		
SandAchse Franken		
Sinntal		
Transrapid		
Waldnaab-Aue		
<u>Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (WAA)</u>		

Weniger projektbezogen denn strategisch sind die Bemühungen zu bewerten, mit der Fridays for Future (FfF)-Bewegung zusammenzuarbeiten (4/2019: 59). Diese Kooperationen dienen dazu, Nachwuchs zu rekrutieren und sich weiter zu vernetzen (3/2019: 50f.), denn – wie der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger im Interview ausführt – „wir sind politischer geworden, und erheblich präsenter, auch auf der Straße. Wir sind heute kampagnenfähig und können viele Menschen mobilisieren“ (4/2019: 8). Weitergehende Anhaltspunkte einer Vernetzungsstrategie werden an unterschiedlichen Stellen im Magazin deutlich. Im bundesweit erscheinenden BUNDMagazin wird in einem Artikel „Heimat – was soll das?“ (2/2019: 39) eine Zusammenarbeit etwa mit dem Deutschen Kulturrat mit dem Ziel vorgestellt, Brücken zur Kulturpolitik zu bauen. Auf europäischer Ebene beteiligt man sich am Projekt „Grünes Band“, welches naturnahe Lebensräume an der damaligen Nahtstelle des Ost-West-Konflikts vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer schaffen will (3/2019: 22ff.). Unter dem Titel „Vereint im Kampf“ wer-

den vom BUND unterstützte Aktionen etwa gegen den Autobahnausbau in Bulgarien genannt (3/2019: 29). Grenzüberschreitende Zusammenarbeit diene dabei der Vernetzung von Experten und Nachwuchs sowie der gemeinsamen Planung von Protesten (2/2019: 43). Zum Aufbau eines globalen Netzwerkes beteiligt sich der BUND an der Generalversammlung „Friends of the Earth International“ (1/2019: 32). Darüber hinaus wird im Magazin regelmäßig über verschiedene Kooperationen mit Partnern aus Georgien, Kolumbien und der Ukraine oder Tunesien berichtet.

#### 4. Wieviel parteipolitische Neutralität verträgt der Umwelt- und Naturschutz?

Obschon sich der Verband als parteipolitisch unabhängig beschreibt, sind deutliche Präferenzen für die Partei „Die Grünen“ erkennbar: Beim Widerstand gegen einzelne Projekte arbeitet der BUND mit den Grünen zusammen (1/2019: 45).

Vor den Kommunalwahlen 2020 in Bayern wird im Beitrag „Kommunalwahl ist Klimawahl“ (1/2020: 26) ein Forderungskatalog aufgestellt, der nahezu deckungsgleich mit dem Wahlprogramm der Grünen ist. Im gleichen Heft (1/2020: 28) müssen sich die „Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl [...] auch an ihren Ideen für eine ökologische und soziale Verkehrswende messen lassen“ mit dem Ziel, den Straßenraum neu aufzuteilen, das Parkplatzangebot für den motorisierten Individualverkehr zu verringern und eine kommunale Raumplanung zu organisieren, die autofreies Wohnen ermöglicht. Anhand konkreter Vorhaben lassen sich ebenfalls parteipolitische Präferenzen erkennen. Weil die A 94 nun freigegeben ist, trägt das Isental „Trauer wegen Heimatverlust“; denn „mit Ausnahme der Grünen haben sich hier alle Parlamentsparteien schuldig gemacht [bei diesem] naturzerstörendsten und flächenfressendsten Vorhaben“ (4/2019: 6). Unter dem Titel „Für ein starkes Europa“ (3/2019: 46) wird berichtet, dass Christian Hierneis sein Amt satzungsgemäß niederlegt, nachdem er bei der Landtagswahl 2018 ein Direktmandat für die Grünen gewonnen hat. An anderer Stelle (1/2019: 47) wird dieser Karriereschritt unter der Überschrift „Vom Vorstand in den Landtag“ konkretisiert. So sei Christian Hierneis nunmehr Mitglied des Umweltausschusses, womit „die Umweltverbände nun eine starke Stimme im bayerischen Landtag“ haben. Wie diese genutzt wird, illustriert die Anfrage der Grünen im Landtag zu ökologischen Ausgleichsflächen, die die Kommunen kaum umsetzen. Daher will der BUND mit einem bayernweiten Projekt aufzeigen, wie unwirksam die bisherigen Absprachen funktionieren. Auf jeden Fall muss die Staatsregierung die Gemeinden besser kontrollieren und notfalls die kommunale Selbstverwaltung einschränken (4/2018: 38).

Zur Europawahl 2019 fragt der BUND die „Spitzenkandidat\*innen der fünf größten demokratischen Parteien“ zur ihren „Visionen für eine sozial-ökologische EU“ (2/2019: 18f.). Neben den Stellungnahmen werden die Ergebnisse in einem tabellarischen Überblick zusammengefasst, die eine deutliche Präferenz für Grüne, Linke und SPD erkennen lassen. Europa solle nach Auffassung des BUND zu einer naturfreundlichen Wertegemeinschaft werden. Jagoda Munic, Geschäftsfüh-

rerin des BUND-Netzwerks „Friends of the Earth Europe“ wirbt eine Seite weiter dafür, bei der Europawahl die Stimme zu erheben (2/2019: 20f.). Fortan muss es in Europa „menschlich, grün und gerecht“ zugehen. Wahlempfehlungen erfolgten ebenfalls im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Im Themenschwerpunkt (Heft 3/2017) werden unterschiedliche Forderungen aufgemacht etwa zum Thema Ressourcenverschwendung oder fairer Welthandel. In diesem Zusammenhang spricht sich der BUND gegen CETA und TTIP aus, denn – wie es an anderer Stelle heißt (1/2017: 4) – „die Terroranschläge in Nizza und Berlin bedeuten, dass der BUND sich für eine faire Handelspolitik sowie Toleranz und Achtung vor anderen Regionen der Welt bemüht.“ Das BUNDMagazin (3/2017: 12ff.) nennt fünf Forderungen – „Mehr Schutz vor riskanten Stoffen und Technologien“ [1]; „Mehr Klimaschutz und eine andere Energiepolitik“ [2], „für eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft“ [3], „natürliche Lebensräume bewahren“ [4], „Fair wirtschaften, Ressourcenverschwendung stoppen“ [5] –, die denklogisch nur die Wahl der Grünen zulassen. Im gleichen Heft werden unter dem Artikel „Glyphosat abwählen“ Koalitionsoptionen durchgespielt, die für oder gegen ein Verbot sind.

Die Union im Allgemeinen und die CSU im Besonderen werden hingegen kritischer beurteilt. So sei die CSU eine Bremse bei der Umsetzung von EU-Naturschutzrecht (1/2020: 34f.), sie regiere gegen Klima und Umwelt (4/2019: 14f.), während Markus Söders Politik klimaschädlich bleibe. Unter der Rubrik „Ansprache aus dem Vorstand“ heißt es an „die lieben Mitglieder“, dass „genauso mutlos wie in Berlin [...] auch in Bayern regiert [wird]“, da Bundes- wie Landesregierung weiterhin den ohnehin überdimensionierten Ausbau der Straßenwege vorantreiben, während das CSU-geführte Verkehrsministerium mit seiner autozentrierten Politik eine nachhaltige Verkehrswende verhindere (4/2019: 18f.). Aus BUND-Sicht sei es daher unumgänglich, die Klimakrise in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, damit der ÖPNV wie auch regenerative Energien auf- und ausgebaut werden. Noch deutlicher wird der Vorsitzende des BUND in Bayern, Richard Mergner, im BUND-Magazin: „trotz aller Show aber regiert die CSU in Bayern weiter gegen Klima und Umwelt: sie sperrt

sich dagegen, konsequent Energie zu sparen. Und sie lehnt eine Steuer für CO<sub>2</sub> genauso ab wie den Ausbau der erneuerbaren Energien. So hat sie den Ausbau der Windkraft in Bayern fast komplett abgewürgt [...].“ Und weiter: „um die vom Parteichef begründete CSU zu einem besseren Schutz des Klimas zu drängen, braucht es wohl noch zahlreiche Demonstrationen von BUND, Fridays for Future und anderen. Und vielleicht einen neuerlichen Denkzettel – bei den bayerischen Kommunalwahlen im März“ (4/2019: 14f.). Vergleichbar ist der Duktus im Vorfeld der Bundestagswahl 2021, wo es nicht mehr nur um einzelne Maßnahmen geht, sondern „ums Ganze“ (2/2021: 7).

Darüber hinaus bleibt ebenfalls das Demokratieverständnis in Teilen unbestimmt. So wurde von der Stadt Aschaffenburg ein riesiger Biotopkomplex vernichtet, „obwohl der BUND detailliert auf die hohe ökologische Bedeutung des Areals hingewiesen und den drohenden Verlust der Naturoase mit einer Demonstration angeprangert hatte [...] die Stadtratsmehrheit [bügelte] die Einwendungen mit fadenscheinigen Argumenten ab“ (2/2019: 55). Wenn Druck auf die politischen Entscheidungsträger nicht ausreicht, müssen eben die Bürger etwa im Rahmen von Protestaktionen oder Bürgerbegehren mobilisiert werden. Erhellend ist hier ein Bericht anlässlich des Bayerischen Heimattages 2019. Demnach fand 2018 in Landshut ein Bürgerentscheid zu einem Straßenbauprojekt „mit dem kuriosen Ergebnis“ statt, dass „für den Erhalt der von der geplanten Westtangente bedrohten Isarau [...] eine Mehrheit von 53,4 Prozent [stimmte]. Aber auch die Frage ‚Straße ja oder nein?‘ wurde von einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler mit ja beantwortet. Die BUND-Naturschutz-Kreisgruppe Landshut lehnt diese Straße weiterhin ab [...]“ (2/2019: 59).“ D.h. sowohl die parlamentarischen Gremien als auch die Mehrheit der Bürger wollten dieses Vorhaben, und dennoch mobilisiert der BUND bzw. seine Glieder mit dem Ziel, ein weiteres Bürgerbegehren durchzuführen.

Jenseits konkreter Projekte werden regelmäßig unter der Rubrik „Unsere Ehrenamtlichen“ Personen als Vorbilder vorgestellt. Heft 2/19 porträtiert das Ehepaar Munz aus der Nähe von Pforzheim, deren Lebenselixier Demonstrationen sind. „Auf rund 100 Protestaktionen waren die

beiden schon. Seit Jahren reisen sie mit der Ortsgruppe Reichertshofen auf die ‚Wir haben es satt‘-Demo in Berlin, gerne auch in auffälligen Tierkostümen. Für den Umweltschutz nehmen sie viel in Kauf, auch eine kühle Nacht im Schlafsack vor der Bayerischen Staatskanzlei. ‚Dort haben wir mit AufgeMUCKT gegen die Dritte Startbahn des Münchner Flughafens demonstriert [...]‘, gegen den G7-Gipfel 2015 in München und gegen den G20-Gipfel 2017 in Hamburg. Der Keller von Familie Munz wird dabei als Widerstandsnest beschrieben, denn „sie eint – wie viele Mitglieder der Ortsgruppen – neben der Liebe zur Natur auch ein heiliger Zorn gegen ihre Zerstörung.“ Antikapitalistische Argumentationsmuster finden sich ebenso bei der Umsetzung der Energiewende, die vom BUND u.a. deshalb abgelehnt wird, weil Konzerne weiterhin maßgeblich an ihr beteiligt sind (2/2019: 53). Stattdessen befürwortet man eine – jedoch nicht näher erläuterte – dezentrale Energiewende, die ohne HGÜ-Trassen sich in Bürgerhand befindet. Auf jeden Fall geht der BUND juristisch gegen große Kraftwerke vor (1/2019: 12) und wendet sich hier vorrangig gegen das bestehende Wachstumsparadigma. Dialektisch muten dann die internen Auseinandersetzungen zum Thema „Darf der BUND wachsen?“ an, die das BUNDMagazin (1/2018: 30) veröffentlicht. Wörtlich heißt es, „Aus guten Gründen kritisiert der BUND seit Jahrzehnten das Mantra des ewigen Wirtschaftswachstums. Gleichzeitig tut der Verband viel dafür, selbst stetig zu wachsen. Wie passt das zusammen?“ Laut Aussage von Angelika Zahrt, Ehrenvorsitzende des BUND, ist wirtschaftliches Wachstum zwar hoch problematisch, weil damit immer naturschutz- und klimabedingte negative Effekte einhergehen; um aber die eigenen Ziele umzusetzen und Wirkung zu entfalten, muss der BUND wachsen. „Wächst der wachstumskritische BUND also und kann so der politischen Wachstumsfixierung mit mehr Erfolg begegnen, passt das gut zusammen.“

## 5. Ein Verband für alle Lebenslagen

Was nach Auffassung vom BUND bislang fehlt, sind Symbole des Widerstandes. So heißt es in ei-

nem Kommentar, die „Umweltbewegungen benötigen einen Ort, an dem sich der inhaltliche Konflikt zuspitzt. [...] Orte wie Wühl, Wackersdorf oder Gorleben sind zu wichtigen Symbolen geworden“, weshalb man den Hambacher Wald zum „Gorleben für den Klimaschutz“ machen will (4/2018: 12). Aktiv hat man sich deshalb in dieser Auseinandersetzung engagiert und 50 Busse für Mitglieder wie Sympathisanten organisiert (4/2018: 6ff.). Wie relevant solche Kristallisationspunkte sind, wird in einer Werbung für den Film „Wackersdorf“ deutlich. Im Begleittext heißt es, dass der Film „die Geburtsstunde der zivilen Widerstandsbewegung in der BRD [porträtiert]. Der Film plädiert für eine gewissenhafte Politik und setzt vor allem Bürgerbewegungen ein Denkmal, die sich gegen politisch aufgezwungene Entscheidungen wehren und mehr Mitspracherecht und Demokratie einfordern“ (4/2018: 9).

Intern unterstützt der Verband die Vernetzung auch, indem ein umfassendes Angebot für scheinbar jede Lebenslage bereitsteht: Die Rubrik „Junge Seite“ bietet Workshops für Photographien, Kochen und Rhetorik an und schult junge Ehrenamtliche für Protestaktionen (4/2019: 52f.). Als nachahmungswertes Vorbild gilt etwa Lara Busse (2/2017: 32f.), die als Mitglied der BUND-Jugendorganisation ihr freiwilliges ökologisches Jahr beim BUND genutzt hat, um gegen die Errichtung von Skiliften am Riedberger Horn zu demonstrieren. Jährlich bietet der Bund eine einwöchige „Auszeit vom Alltag“ an, wo Jugendliche das „Eine-Erde-Camp“ in Hessen besuchen und sich in umwelt- und friedenspolitischen Belangen weiterbilden können (BUNDMagazin 2/2019: 42). Diese „Safari der Sinne“ dreht sich „um Tiere in der Stadt und das Insektensterben, um ‚wilde‘ Lebensentwürfe und Utopien oder um essbare Wildkräuter. Dazu gibt es ein Aktionstraining, eine Kleidertauschparty und allerlei Angebote zum Selbermachen – wie Kleider umnähen und Elektrogeräte wieder fit machen.“ Im BUNDMagazin (1/2020: 38) beschreibt Franziska Sperfeld, Wissenschaftlerin und Co-Vorsitzende des BUND Brandenburg, unter der Rubrik „Im Gespräch mit ...“ ihre Sozialisation, ist sie doch durch die Errichtung von Krötenzäunen und Nistflößen für Flussschwalben mit 13 Jahren zur BUND-Jugend gestoßen. Seit dieser Zeit engagiert sie sich für den

Verband. Hieraus erklären sich möglicherweise Bestrebungen des BUND, sich stärker in die Umweltbildung an Schulen etwa im Rahmen von Patenschaften für Bäume oder in Gestalt eines sogenannten fahrenden Klassenzimmers einzubringen (BUNDMagazin 3/2019: 18). Der Verband tourt regelmäßig durch Schulen und organisiert hier u.a. Rollenspiele zwischen AKW-Betreibern, Landwirten und Naturschützern und „hilft beim Argumentieren“ (3/2017: 30). Ehrenamtliche engagieren sich bereits in Kitas (2/2019: 46f.). Mehr Bildung für Klimaschutz bedeutet mehr potenzielle Mitglieder. Auf jeden Fall beteiligt sich der BUND am bundesweiten Projekt „Bildung-Klima-plus“ (BUNDMagazin 4/2018: 39).

Für die ganze Familie gibt es „Öko-Erlebnistage“ unter dem Motto „Bio zum Erleben und Mitmachen in ganz Bayern“ (3/2017: 22). Zur Stärkung des Ingroup-Bewusstseins liefert der BUND auch „Wege zur Suffizienz.“ Das Themenheft (4/2017: 10ff.) sucht ein (alternatives) Lebensgefühl etwa in Gestalt von Ernährungsräten oder Reparatur-Cafés zu vermitteln. Zugleich werden Reisen beworben, die ebenso nachhaltig wie natürlich sein sollen (vgl. BUNDMagazin 4/2019: 30f.). „Als Besonderheit gilt für alle BUND-Reisen: wir erreichen unsere Zielgebiete umweltbewusst [...]. Der Weg ist das Ziel.“ Gewisse holistische Entwürfe werden ebenso an anderer Stelle sichtbar. So werden Zusammenhänge zwischen erfolgreicher Klimapolitik und funktionierenden Partnerschaften ergründet (BUNDMagazin 3/2017: 44) oder „grüne Geldanlagen“ vorgestellt (BUNDMagazin 3/2019: 28). Zusätzlich wirbt der BUND dafür, ihn im Testament als gemeinnützige Organisation zu bedenken, entsprechende Fragen könne man jederzeit an die zuständige Referentin richten (BUNDMagazin 1/2020: 7). Wie umfassend das Angebot ist, wird im gleichen Heft (S. 39) deutlich. Im Artikel „Ein Ja zur Natur“ nutzt ein Brautpaar ihre Hochzeitsfeier zur Spendenakquise. Auch hier besteht ein Link unter der Überschrift „Feiern auch Sie mit dem BUND“ mit einer Kontaktadresse. An anderer Stelle (BUNDMagazin 3/2019: 4) wird eine Person vorgestellt, die statt Geschenke lieber eine Spende für den BUND haben will. Ganzseitig wirbt der BUND unter der Überschrift „Sind ihre Freunde auch Freunde der Natur? Dann sprechen

Sie sie doch einfach auf eine Mitgliedschaft an“ (etwa 3/2017: 2). Obschon als gemeinnütziger Verein anerkannt, bietet der BUND im „BUND-laden. Schönes Kaufen, Gutes tun!“ ein buntes Warenangebot für den bewussten Einkauf an; etwa einen Salatbeutel aus türkischer Bio-Baumwolle mit GOTs-Zertifizierung oder die Yogamatte „eKo“ aus 100 Prozent Naturkautschuk, biologisch abbaubar und schadstofffrei verarbeitet und gefärbt (BUNDMagazin 3/2020: 21).

## 6. Zusammenfassende Erkenntnisse

Der BUND sieht sich als Vertreter von Umwelt- und Naturschutzinteressen und sucht die „Klimakrise in der Mitte der Gesellschaft zu verankern“ (3/2019: 7). Die Gesamtheit aller seiner Forderungen hat nach Selbsteinschätzung dazu geführt, den Verband von einer ehemaligen Randgruppe zu einem „in der Mitte der Gesellschaft als wesentlicher Spieler auf der politischen Bühne“ zu machen und zu etablieren (BUNDMagazin 4/2019: 36). Hierfür spricht, dass nach eigenen Angaben von den 205 Abgeordneten im Bayerischen Landtag rund 20 Prozent Mitglieder beim BUND sind (1/2019: 10). Obschon wachstumskritisch eingestellt und vielfach Vetospieler gegenüber staatlichen Infrastrukturprojekten, finanziert er sich zu einem Teil durch öffentliche Zuschüsse. So hat die Kreisgruppe München zahlreiche Anfragen zu Bäumen und Baumfällaktionen gestellt, woraufhin die Stadt hälftig eine Stelle beim BUND finanziert (2/2017: 28). Das Bundesumweltministerium unterstützt mit vier Millionen Euro den BUND-Bau des „Umwelthauses Neustädter Bucht“ (BUNDMagazin 4/2018: 5), so dass teilweise nicht ersichtlich ist, wo der Verband anfängt und staatliche Behörden aufhören (2/2017: 28).

Zusammenfassend stellt Roth (2001: 241) fest, dass der BUND in seiner Organisationskarriere zunächst als Verband angefangen, vorübergehend zur Bewegungsorganisation wurde und schließlich wieder als Verband wirkt. Zurückzuführen ist dies seiner Meinung nach auf Ermüdungserscheinungen, denn die „Schlachten“ von Wyhl, Wackersdorf, Gorleben u.a.m., die für die Identitätsbildung prägend waren, sollten sich seit

der Jahrtausendwende nicht wiederholen. Je mehr die Themen Umwelt und Naturschutz in den Parlamenten und Regierungen diskutiert wurden, umso weniger bestand ein Bedarf an spektakulären Aktionen.<sup>7</sup> Dies begünstigt den Aufbau professionisierter Apparate sowie einer Kaste von Funktionären, durch die in der Regel Tendenzen der Rigidität und Trägheit einhergehen.<sup>8</sup> Indes: Durch Proteste für mehr Klimaschutz erhält der Verband gegenwärtig eine Art Frischluftzufuhr, öffnet sich gegenüber breiten gesellschaftlichen Gruppen, rekrutiert dabei neue Anhänger bzw. Sympathisanten und öffnet sich so gegenüber externen Unterstützerguppen. Diese „Brücken der Mobilisierung“ können als „soziale Relais“ verstanden werden, wo sich gemeinsam geteilte Wahrnehmungen ergeben, aus denen gleichgerichtete Handlungen resultieren können. Derartige Verknüpfungspunkte zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern einerseits und den projektindividuellen Protesten andererseits erhöhen die Wirkung der jeweiligen Widerstände. Zugleich entstehen „Netzwerke von Netzwerken“, die umso erfolgreicher sind, je integrativer sie gegenüber heterogenen Personengruppen wirken.

## Anmerkungen

- 1 Rucht (2002: 11).
- 2 Hierzu umfassend Rucht (1993).
- 3 Die Linke (2011).
- 4 Bammerlin (1998: 78).
- 5 BUND Naturschutz in Bayern e.V. (o.J.).
- 6 Eigene Darstellung. <https://www.bund-naturschutz.de/ueber-uns/erfolge-und-niederlagen>.
- 7 Brand; Rink (2007: 499f.).
- 8 Wie „NGO Observer“ ermittelt hat, erhält der Bundesvorsitzende eine jährliche Vergütung von 120.000 €; die Bundesgeschäftsführer verdienen immerhin 105.000 € im Jahr [vgl. <https://ngo.observer/bund/>]. Zu weiteren Kritikpunkten siehe Bojanowsk und Wetzel (2021).

## Literatur

- Adam, Thomas: Die Verteidigung des Vertrauten: Zur Geschichte der Natur- und Umweltschutzbewegung in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Politik 1/1998, S. 20-48.
- Bammerlin, Ralf: Umweltverbände in Deutschland – Herausforderung zum Wandel, Landau 1998.
- Bojanowski, Aexel; Wetzel, Daniel: Goliaths fürs Klima, in: Die Welt am Sonntag vom 25. April 2021.
- Brand, Karl-Werner; Rink, Dieter: Institutionalisierung statt Mobilisierung? Dilemmata der deutschen Umweltbewegung, in: Jacob, Klaus; Biermann, Frank; Busch, Per-Olof; Feindt, Peter H. (Hrsg.): Politik und Umwelt. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 39/2007, S. 499-517.
- BUND Naturschutz in Bayern e.V.: Satzung des Bund Naturschutz. o.J., im Internet unter: <https://www.bund-naturschutz.de/bund-naturschutz/organisation/satzung.html>.
- Die Linke: Programm der Partei Die Linke, Berlin 2011.
- Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt am Main 1985.
- Luhmann, Niklas: Soziologie des Risikos, Berlin 1991.
- Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Sichtbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 3/1993, S. 305-326.
- Raschke, Joachim: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1991, S. 31-39.
- Roth, Roland: Die ‚bewegte‘ Bundesrepublik. Zur Bedeutung sozialer Bewegungen im deutschen Modell der Interessenvermittlung, in: Zimmer, Annette; Weßels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2001, S. 237-259.
- Rucht, Dieter: Zivilgesellschaft als Forschungsgegenstand: Systematische, historische und forschungspragmatische Annäherungen, Berlin 2002.
- Rucht, Dieter: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, in: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 251-275.
- Schiller, Theo: Verbändepluralismus und die Entstehungsbedingungen politischer Bewegungen, in: Roth, Roland (Hrsg.): Soziale Bewegungen und politisches System, Berlin 1985, S. 42-68.
- Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: Die Verbandsklage im Naturschutz- und Umweltrecht. Historische Entwicklung, europarechtliche Vorgaben, Klageberechtigung, 2018, WD 7 - 3000 - 208/18.